Stand: 21.12.2025 22:06:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/543

"Endverbraucher vor Smart Meter-Zwang schützen! Freie Stromzählerwahl für selbstbestimmte Bürger!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/543 vom 26.02.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/1856 des WI vom 14.03.2024
3. Beschluss des Plenums 19/1958 vom 25.04.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 25.04.2024

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 26.02.2024 **Drucksache 19/543**

Antrag

der Abgeordneten **Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Endverbraucher vor Smart Meter-Zwang schützen!
Freie Stromzählerwahl für selbstbestimmte Bürger!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Sinne des Verbraucherschutzes auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass Stromendverbrauchern die freie Wahl zwischen einem Smart Meter, einer modernen Messeinrichtung und dem bewährten Ferraris-Zähler eingeräumt wird. Ferner soll verhindert werden, dass zusätzliche Kosten, die durch die Installation und Inbetriebnahme von Smart Metern entstehen, auf sämtliche Stromendverbraucher umverteilt werden.

Begründung:

Mit dem Ende Mai 2023 in Kraft getretenen „Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende (GNDEW)“ will die Bundesregierung durch einen Rollout „intelligenter Messgeräte (Smart Meter)“ die sog. Energiewende vorantreiben.[1]

Das Gesetz sieht dabei verbindliche Zielvorgaben bis zum Jahr 2030 vor, bis zu denen Messstellenbetreiber verpflichtet sind, angeschlossene Verbrauchsstellen schrittweise mit Smart Metern auszustatten. So ist die Installation von Smart Metern ab dem Jahr 2025 in denjenigen Privathaushalten gesetzlich vorgeschrieben, die einen Jahresstromverbrauch von mehr als 6 000 kWh haben oder eine Photovoltaikanlage mit einer installierten Leistung von mehr als 7 kW betreiben.

Laut Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck dient das Gesetz insbesondere als Grundlage für ein digitalisiertes Energiesystem, welches eine genauere Erfassung sowie Überwachung des Stromverbrauchs vorsieht und so die Stabilität des Stromnetzes unter dem Einfluss volatiler sog. Erneuerbarer Energien sichern soll.

Angesichts der gegenwärtigen Situation, in der Deutschland insbesondere durch die Abschaltung seiner letzten verbliebenen Kernkraftwerke Strom importieren muss und der Gesamtstrombedarf zukünftig weiter ansteigen wird, ist eine lokale bzw. überregionale Strommangellage durch die weitere Inbetriebnahme von Ladestationen für die Elektromobilität sowie der politisch vorangetriebenen Umstellung der deutschen Heizinfrastruktur auf Wärmepumpen zu erwarten.[2] Somit besteht künftig die Möglichkeit, dass die Bundesregierung durch die Einführung von sogenannten intelligenten Messgeräten bei Stromknappheit gezielt bestimmte Endverbraucher mit einem hohen individuellen Strombedarf abschalten kann. Die technischen Voraussetzungen wären hierfür mit sog. Smart Metern in jedem Fall erfüllt.

[1] https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Textsammlungen/Energie/smart-meter.html
[2] https://www.stromauskunft.de/stromanbieter-wechsel/stromanbieter-wechsel-faq/was-sind-rlm-stromzaehler-/

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Doch nicht nur gezielte Abschaltungen (sog. Brownouts), sondern auch Cyberangriffe auf die Netze und Verteilerstrukturen würden durch die flächendeckende Einführung von Smart Metern vereinfacht. Ein Überwinden von Sicherheitseinrichtungen einzelner Fabrikate könnte hierbei zu fatalen Folgen für die Verteilinfrastruktur führen, indem durch provozierte Lastabwürfe von Verbrauchern die Netzinfrastruktur gezielt überlastet und beschädigt werden könnte.

Schließlich stellen die weitreichenden Überwachungsmöglichkeiten erhebliche Risiken für die Datensicherheit und Privatsphäre unserer Endverbraucher dar. Daher ist es im Sinne eines starken und konsequenten Verbraucherschutzes unerlässlich, für eine umfassende Wahlfreiheit bei Verbrauchserfassungseinrichtungen zu sorgen.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 14.03.2024 **Drucksache** 19/**1856**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Drs. 19/**543**

Endverbraucher vor Smart Meter-Zwang schützen!
Freie Stromzählerwahl für selbstbestimmte Bürger!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Köhler**
Mitberichterstatter: **Tobias Beck**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 6. Sitzung am 14. März 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 25.04.2024 **Drucksache** 19/**1958**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**
Drs. 19/**543**, 19/**1856**

Endverbraucher vor Smart Meter-Zwang schützen!
Freie Stromzählerwahl für selbstbestimmte Bürger!

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Ludwig Hartmann
IV. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben vor der Mittagspause noch einen kurzen Tagesordnungspunkt abzuwickeln, den **Tagesordnungspunkt 5**:

Abstimmung
über Verfassungsstreitigkeiten, anschließend eine Europaangelegenheit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die Fraktionen von FREIEN WÄHLERN und CSU und die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Enthaltungen? – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Wir kommen zur Mittagspause und beginnen wieder um 13:10 Uhr.

(Unterbrechung von 12:42 bis 13:13 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen die Sitzung nach der Mittagspause wieder auf. Ich darf Sie alle ganz herzlich begrüßen. Bevor wir in den Tagesordnungspunkt 6 einsteigen, gebe ich noch die Ergebnisse der vorhin durchgeführten Wahlen eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags sowie eines Schriftführers bekannt.

Ich komme zunächst zur Wahl eines Vizepräsidenten – Tagesordnungspunkt 3: Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben sich 160 Abgeordnete beteiligt. Es war keine Stimme ungültig. Auf

Herrn Abgeordneten Benjamin Nolte entfielen 28 Ja-Stimmen und 129 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 3 Abgeordnete. Damit hat der Abgeordnete Benjamin Nolte nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht.

Nun gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – Tagesordnungspunkt 4 – bekannt: Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 164 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war 1 Stimme. Auf Herrn Abgeordneten Oskar Atzinger entfielen 26 Ja-Stimmen und 134 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 3 Abgeordnete. Damit ist Herr Abgeordneter Oskar Atzinger nicht mit der erforderlichen Mehrheit der Stimmen gewählt. Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 sind damit erledigt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder	
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Meinungsverschiedenheit (Vf.13-VIII-17 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
zwischen der Antragstellerin
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnerinnen
1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
2. Bayerische Staatsregierung
vom 1. August 2017 über die Frage, ob Art. 5 Abs. 1 Satz 1, Art. 8 Abs. 1 Satz 1, Art. 9, 10 Abs. 1, Art. 11 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 Nrn. 1 und 2, Art. 12 Abs. 1, Art. 13, 15 Abs. 2 und 3, Art. 16 Abs. 1, Art. 17 Abs. 2 Satz 1, Art. 18 Abs. 1, Art. 19 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1, Art 23 Abs. 1 Sätze 1 und 3, Art. 25 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Nrn. 2 und 3 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes (BayVSG) vom 12. Juli 2016 (GVBl. S. 145, BayRS 12-1-I) sowie Art. 30 Abs. 3 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) vom 23. Juli 1993 (GVBl. S. 498, BayRS 204-1-I), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2017 (GVBl. S. 388) geändert worden ist, die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.17-0010
Drs. 19/1574 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	A	A

2. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
(Vf. 34-VII-20 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
1. des Bayerischen Infektionsschutzgesetzes (BayIfSG) vom 25. März 2020 (GVBl. S. 174, BayRS 212-3-G),
2. der Zweiten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (2. BayIfSMV) vom 16. April 2020 (GVBl. S. 214, BayRS 2126-1-5-G), die durch Verordnung vom 21. April 2020 (GVBl. S. 222) geändert worden ist,
3. der Dritten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (3. BayIfSMV) vom 1. Mai 2020 (BayMBl Nr. 239, BayRS 2126-1-7-G)

PII-G1310.20-0013
Drs. 19/1575 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	ENTH	Z

3. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
(Vf. 57-VII-21 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
desArt. 82 Abs. 1 und 2 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 25. Mai 2021 (GVBl. S. 286) geändert worden ist

PII-G1310.21-0023
Drs. 19/1578 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	A	Z

4. Meinungsverschiedenheit (Vf.3-VIII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
zwischen der Antragstellerin
BayernSPD-Landtagsfraktion
und den Antragsgegnerinnen
1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
2. FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
3. Bayerische Staatsregierung
vom 25. Februar 2022 über die Frage, ob § 1 Nrn. 5, 6 Buchst. a, Nrn. 12, 18, 19 Buchst. a, Nr. 37 des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 418) die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.22-0002
Drs. 19/1580 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	A	A

5. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
(Vf. 7-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
1. des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 432),
2. des § 1 Nr. 2 der Verordnung zur Änderung der Bayerischen Schulordnung und weiterer Verordnungen vom 8. Juli 2021 (GVBl. S. 479)

PII-G1310.22-0018
Drs. 19/1581 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

6. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
(Vf. 8-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
des Art. 1 Abs. 2 i. V. m. Art. 1 Abs. 3 des Bayerischen Grundsteuergesetzes
(BayGrStG) vom 10. Dezember 2021 (GVBl. S. 638, BayRS 611-7-2-F)

PII-G1310.22-0006
Drs. 19/1583 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	A	Z

7. Meinungsverschiedenheit (Vf. 11-VIII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnern
1. Bayerischer Landtag
2. Bayerische Staatsregierung
3. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
4. Fraktion Freie Wähler im Bayerischen Landtag
vom 19. Juli 2022 über die Frage, ob das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) vom 22. April 2022 (GVBl. S. 102) die Bayerische Verfassung verletzt

PII-G1310.22-0011
Drs. 19/1584 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

8. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
(Vf. 15-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
der § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 23 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV) vom 13. September 2002 (GVBl. 2003 S. 147, BayRS 02- 21-S), zuletzt geändert durch Art. 2 des Vertrags vom 14. Dezember 2021 (GVBl. 2022 S. 313, 396)
und
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
(Vf. 16-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
der § 24 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c und f des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV) vom 13. September 2002 (GVBl. 2003 S. 147, BayRS 02-21-S), zuletzt geändert durch Art. 2 des Vertrags vom 14. Dezember 2021 (GVBl. 2022 S. 313, 396)

PII-G1310.22-0014
Drs. 19/1586 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

9. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
(Vf. 18-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
der Art. 11, 15 und 16 des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes (BayHIG) vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414, BayRS 2210-1-3-WK)

PII-G1310.22-0019
Drs. 19/1587 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

10. Meinungsverschiedenheit (Vf. 19-VIII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
zwischen
der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnern
1. Bayerische Staatsregierung
2. Bayerischer Landtag
vom 8. Dezember 2022 über die Frage, ob die Art. 11, 15 und 16 des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes (BayHIG) vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414, BayRS 2210-1-3-WK) die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.22-0020
Drs. 19/1588 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

11. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
(Vf. 22-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
1. der Anlage 1 – Besoldungsgruppe R 2 Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht und Besoldungsgruppe R 3 Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof – zu Art. 46 Satz 1 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch Art. 130 b des Gesetzes vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414) geändert worden ist,
2. der Anlagen 1 und 11 „a. F.“ – Besoldungsgruppe R 2 Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht und Besoldungsgruppe R 3 Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof – zu Art. 104 Abs. 1 und 2 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) „a. F.“ vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F)

PII-G1310.22-0017
Drs. 19/1589 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

12. Verfassungsstreitigkeit (Vf. 15-IVa-23 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
zwischen
den Antragstellern
Klaus Adelt, MdL,
und weitere 69 Landtagsabgeordnete
und dem Antragsgegner
Bayerischer Landtag
vom 14. April 2023
über die Frage, ob der Antragsgegner durch den Beschluss vom 7. März 2023, mit dem der Beweisantrag Nr. 9 abgelehnt wurde, und den weiteren Beschluss vom 7. März 2023, mit dem der Beweisantrag Nr. 11 abgelehnt wurde, die Rechte der Antragsteller aus Art. 25 Abs. 4 BV verletzt hat

PII-G1310.23-0004
Drs. 19/1590 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	A	A

13. Verfassungsstreitigkeit (Vf. 36-IVa-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
und dem Antragsgegner
Bayerischer Landtag
über die Frage, ob der Antragsgegner dadurch,
1. „dass der Antragsgegner alle von der Antragstellerin vorgeschlagenen Kandidaten zur Besetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums ohne sachlichen Grund abgelehnt hat“,
2. „dass die Durchführung eines ordnungsgemäße(n) Moderations-verfahren(s) ohne sachlichen Grund abgelehnt worden ist“,
3. „dass sich das parlamentarische Kontrollgremium ohne Beteiligung der Antragstellerin am 22.01.2019 konstituiert hat“, verfassungsmäßige Rechte der Antragstellerin verletzt hat, sowie dadurch, „dass der Antragsgegner es einem Vertreter der Antragstellerin unmöglich macht, Rechte und Pflichten als Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums wahrzunehmen“, verfassungsmäßige Rechte der Antragstellerin verletzt

PII-G1310.22-0008
Drs. 19/1591 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

Europaangelegenheit

14. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Allgemeine und berufliche Bildung, Beschäftigung und Soziales
Hilfe für die am stärksten benachteiligten Personen –
Evaluierung des FEAD 2014-2020
14.02.2024 - 08.05.2024
Drs. 19/733, 19/1904

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die EU-Konsultation wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

15. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Banzai: Mehr Japan wagen – Fleiß, Disziplin und Leistungsbereitschaft an Schulen endlich wieder durchsetzen!
Drs. 19/435, 19/1798 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine aktive Rolle Bayerns in der Max-Planck-Gesellschaft
Drs. 19/447, 19/1788 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	ENTH	Z	Z

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Versprechen halten, Kulturschaffende bei Corona-Rückzahlungen beraten
Drs. 19/495, 19/730

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Der Antrag wurde für erledigt erklärt.

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ganzjährige Schonzeit für den Eichelhäher
Drs. 19/502, 19/1789 (A)

Über den Antrag wird einzeln beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Untersuchung von Skipisten und Langlaufpisten auf polyfluorierte Tenside (PFC)
Drs. 19/531, 19/1790 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Arbeit von Strafverfolgungsbehörden und Justiz im sogenannten Badewannen-Mordfall
Drs. 19/532, 19/1791 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Konsequenten Tierschutz endlich umsetzen!
Import von geschächteten Fleischprodukten beenden!
Drs. 19/541, 19/1860 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

22. Antrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Endverbraucher vor Smart Meter-Zwang schützen!
Freie Stromzählerwahl für selbstbestimmte Bürger!
Drs. 19/543, 19/1856 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

23. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Abschaffung des Asylgrundrechts: „Migration ist kein Menschenrecht“
Drs. 19/544, 19/1855 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

24. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Keine weitere Wohnkostenbelastung – EU-Gebäuderichtlinie stoppen!
Drs. 19/547, 19/1797 (A)

Über den Antrag wird einzeln beraten.

25. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayr, Anna Rasehorn u.a. SPD
Umsetzung des Startchancen-Programms des Bundes in Bayern
Drs. 19/550, 19/1861 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller AfD
Überlastung in der steuerlichen Rechtsberatung verhindern und
Unternehmen vor Rückzahlungen schützen - Fristverlängerung für
Schlussabrechnungen der Coronahilfen
Drs. 19/554, 19/731

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Der Antrag wurde für erledigt erklärt.

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine starke Demokratie: Empowerment von Lehrkräften
und Schulen in ihrem demokratischen Auftrag
Drs. 19/565, 19/1799 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sichere Schulen sind Orte des Vertrauens für Kinder und Jugendliche –
schulische Schutzkonzepte zur Vorbeugung und Aufarbeitung von
sexuellen Missbrauchsfällen und Gewalthandlungen jetzt zügig in
Bayern einführen
Drs. 19/567, 19/1862 (A)

Über den Antrag wird einzeln beraten.

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Versprechen gegenüber Freyung einhalten:
Bayerisches Registergericht nach Niederbayern!
Drs. 19/571, 19/1792 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	**ohne**

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

30. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Große Sprachmodelle und ihre Potenziale an bayerischen Schulen nutzen – Übergangsphase zur systematischen Erprobung implementieren
Drs. 19/572, 19/1800 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

31. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Heimatstrategie konsequent fortsetzen: Fortbildungs- und Tagungszentrum der Bayerischen Polizei in Freyung
Drs. 19/573, 19/1771 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vorgaben für AVAS (Acoustic Vehicle Alert System) für E-Autos ändern!
Drs. 19/574, 19/1794 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

33. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU
Anhörung zu den wirtschafts- und energiepolitischen Auswirkungen des verfassungswidrigen Bundeshaushalts
Drs. 19/596, 19/1857 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über den Verbleib im Medizinerberuf
Drs. 19/611, 19/1852 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Patientensouveränität stärken, Unabhängige Patientinnen- und Patientenberatung in Bayern ausbauen
Drs. 19/613, 19/1853 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	Z

36. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
„M1“ jetzt! Neue Vorsorgeuntersuchung für Mädchen einführen
Drs. 19/614, 19/1854 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

37. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl,
Tanja Schorer-Dremel, Petra Högl u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zu Neuen Genomischen Techniken (NGT)
Drs. 19/615, 19/1859 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Erhalt der Bahnhofsmissionen
Drs. 19/625, 19/1858 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

39. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Martin Wagle, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Regelbetrieb Gotteszell-Viechtach
Drs. 19/626, 19/1793 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z